



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. Juni 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 16 Postulat Brücker Urs und Mit. über den Einbezug der Wirtschaft und der Hochschule beim Ausarbeiten der Massnahmen im Rahmen des umfassenden Berichts Energie- und Klimapolitik / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Urs Brücker hält an seinem Postulat fest.

Urs Brücker: Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass in der geplanten departementsübergreifenden Arbeitsgruppe zweifellos genügend Kompetenzen und das entsprechende Wissen vorhanden sind. Wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme richtig ausführt, bleibt der Fokus des Berichtes klar auf der Erarbeitung von konkreten Massnahmen. Es ist auch unbestritten, dass der Dialog mit verschiedenen Stakeholdern bereits heute gepflegt wird. Meiner Meinung nach reicht es aber nicht aus, dass dieser Dialog auch bei der Erarbeitung der Massnahmen zuhanden des Planungsberichtes weiterhin nur themenbezogen erfolgen soll. Ich befürchte, dass man sich ausschliesslich mit bestehenden Themen befasst, statt auch neue, innovative Ansätze vonseiten der Wirtschaft und der Forschung einfliessen zu lassen. Unser Rat wird heute vermutlich verschiedene Vorstösse erheblich erklären, und es bestehen zudem alte, noch nicht umgesetzte Forderungen. Es ist aber unabdingbar, dass neue Ideen vonseiten der vielen KMU, die sich im Kanton Luzern erfolgreich und an vorderster Front mit Energie- und Umwelttechnologien beschäftigen, aber auch von den Forschenden der Hochschule Luzern aktiv in diese Arbeitsgruppe einbezogen werden. Deshalb sollte nicht nur der Dialog vertieft werden, sondern Wirtschaft und Forschung sollten aktiv in die Ausarbeitung von technologisch und wirtschaftlich umsetzbaren Massnahmen mit einbezogen werden. Die GLP-Fraktion hält an der Erheblicherklärung fest.

Adrian Bühler: Die CVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu. Es ist richtig und sinnvoll, den Klimabericht möglichst breit abzustützen. Der Kanton soll das lokale Wissen zum eigenen Vorteil nutzen. Wir begrüssen den Einbezug von Wirtschaft, Forschung, Verbänden und weiteren Akteuren. Wir müssen uns aber vor Augen halten, dass es sich bei vielen Akteuren auch um Interessenvertreter in eigener Sache handelt und diese konkrete, auch finanzielle Interessen haben, dass die eine oder andere Massnahme im Klimabericht erscheint oder eben nicht. Daher ist es für die CVP klar, dass die Federführung bei der Erarbeitung des Klimaberichtes beim Kanton liegen muss. Eine vollständige Auslagerung der Ausarbeitung des Berichtes auf Mandatsbasis lehnen wir ab. Der Einbezug von externen Akteuren ist wichtig, wir beurteilen es aber als kritisch, heute schon festzulegen, ob es sich dabei um die Hochschule Luzern oder den Verband Neue Energie Luzern handeln soll.

Gaudenz Zemp: Die FDP-Fraktion stimmt ebenfalls der teilweisen Erheblicherklärung zu. Die Forderung, die Hochschule Luzern oder den Verband Neue Energie Luzern (Nelu) in den

Prozess mit einzubeziehen, ist grundsätzlich richtig. Beim Nelu ist vor allem ein Teil der Luzerner Wirtschaft organisiert, der von den nötigen Investitionen profitieren wird. Auf der anderen Seite gibt es einen Teil der Luzerner Wirtschaft, für den die Investitionen im Vordergrund sind, weil er die Kosten tragen muss. Schon die Diskussion über das neue Energiegesetz hat das Luzerner Gewerbe zweigeteilt. Auf der einen Seite waren der Nelu und Branchen, die von Investitionen profitieren konnten und auf der anderen Seite die Gruppe, die es finanzieren muss. In den kommenden Jahren müssen beide Gruppen eingebunden werden, die gesamte Wirtschaft also. Auch bei der Hochschule Luzern sollte nicht nur die Cleantech-Gruppe mit einbezogen werden, sondern auch die Ökonomen der Hochschule Wirtschaft oder Volkswirtschaftler der Universität Luzern. Die bestehenden Zielkonflikte müssen bei der Planung der kommenden Massnahmen transparent offengelegt und die unterschiedlichen Ziele in einer Gesamtsicht priorisiert werden.

Simone Brunner: Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Der Einbezug von Akteuren aus Forschung und Wirtschaft ist für die Ausarbeitung des Berichtes beziehungsweise der Massnahmen elementar. Wir entscheiden über eine wichtige strategische Leitlinie, wie die Massnahmen ausgearbeitet und formuliert werden sollen. Ich gehe davon aus, dass die Aufzählung des Postulanten nicht abschliessend ist, sondern dass die beiden Institutionen als mögliche Beispiele genannt wurden. Es geht um die aktive Zusammenarbeit von öffentlicher Verwaltung, Forschung und KMU. Das ist aus unserer Sicht gewinnbringend, auch wenn die Verwaltung über das notwendige Know-how verfügt. Aus unserer Sicht ist die Mandatierung keine externe Arbeitsvergabe, sondern eine exemplarische aktive Zusammenarbeit. Gerade in diesem Themenbereich, wo Frauen immer noch deutlich untervertreten sind, ist es uns ein Anliegen, dass Frauen und Männer gleichermaßen in der Arbeitsgruppe vertreten sind.

Rahel Estermann: Der Regierungsrat legt in seiner Stellungnahme dar, wie er den Bericht zur Energie- und Klimapolitik ausarbeiten will und dass – wo sinnvoll – das Know-how der Hochschule Luzern und weiterer Wissensträger abgeholt wird. Eine direkte Mandatierung der Hochschule Luzern sowie des Nelu für die Erarbeitung des Berichtes unterstützt die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen (G/JG) so nicht. Wie Adrian Bühler schon erklärt hat, handelt es sich dabei immer auch um Interessenvertreter, und es geht um Geld. Deshalb gilt es umso mehr, die Vergabekriterien von öffentlichen Aufträgen zu beachten. Eine direkte Vergabe an spezifische Institutionen würde dem widersprechen. Mit der verwaltungsinternen Projektgruppe behält der Kanton das Heft in der Hand und kann den ambitionierten Zeitplan sicherstellen. Es ist sehr wichtig, dass der Bericht möglichst bald erscheint. Die G/JG-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Vroni Thalmann-Bieri: Die SVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu. Bevor uns die Wirtschaft und die Hochschule Luzern neue Massnahmen vorlegen, muss der kantonale Bericht über die Energie- und Klimapolitik bis 2021 vorliegen. Wir begrüßen diesen Bericht, denn daraus können andere, neue Massnahmen entstehen, die zuerst unser Parlament durchlaufen müssen. Laufende Massnahmen werden allenfalls verstärkt. Die Wirtschaft sowie die Hochschule Luzern können auf Mandatsbasis beigezogen werden. Ebenso wichtig sind aber die Verbindungen zu Bund, Gemeinden und den Regionen sowie das bereits in der Verwaltung vorhandene Wissen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 73 zu 28 Stimmen teilweise erheblich.